

NDR Info Das Forum

24.01.2015 /19.20-19.50 Uhr

STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN

25.01.2015 /12.30-13.00 Uhr

Andreas Flocken

E-Mail: streitkraefte@ndr.de

www.ndr.de/info

Inhalt:

- Parteienstreit um Bundeswehr-Rettungseinsatz in Libyen – „Operation Pegasus“ vor Verfassungsgericht
- Rüstungswettlauf in Asien – Japan verabschiedet Rekord-Militärhaushalt
- Ukraine-Krise mit Folgen – Aufrüstung statt Rüstungskontrolle? Interview mit Ulrich Kühn, Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH)

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe der Sendereihe Streitkräfte und Strategien, im Studio Andreas Flocken.

Ein Blick auf unsere Themen:

- Parteienstreit um Bundeswehr-Rettungseinsatz in Libyen – „Operation Pegasus“ vor dem Verfassungsgericht
- Rüstungswettlauf in Asien – Japan verabschiedet Rekord-Militärhaushalt. Und:
- Aufrüstung statt Rüstungskontrolle? Die Folgen der Ukraine-Krise. Hierzu ein Interview mit einem Abrüstungsexperten.

Die Bundeswehr ist ein Parlamentsheer. D.h. über ihren Einsatz darf die Bundesregierung nicht allein entscheiden. Bei bewaffneten Einsätzen ist die Zustimmung des Bundestages erforderlich. So hat es das Bundesverfassungsgericht 1994 in einem richtungsweisenden Urteil entschieden. Die Frage ist nur: Was genau ist ein bewaffneter Einsatz? Muss der Bundestag auch zustimmen, wenn die mitgeführten Waffen gar nicht zum Einsatz gekommen sind? Zum

Beispiel, wenn die Bundeswehr deutsche Staatsbürger aus Krisengebieten rettet?

Hierüber gibt es Streit. Und in der kommenden Woche wird sich das Bundesverfassungsgericht mit einem Bundeswehr-Einsatz in Libyen beschäftigen. Geklagt haben die Grünen. Der Einsatz liegt mehr als drei Jahre zurück. Alexander Drechsel mit Einzelheiten:

Manuskript Alexander Drechsel

Am Mittwoch befasst sich das Bundesverfassungsgericht mit der Legitimation von Auslandseinsätzen der Bundeswehr – wieder einmal! In der mündlichen Verhandlung in Karlsruhe geht es vordergründig um eine militärische Rettungsmission Anfang 2011. In Wahrheit geht es um Rechtssicherheit für Soldaten und um die Frage, wann die Bundeswehr eine Parlamentsarmee ist.

O-Ton Battis

„Wir befinden uns hier in einem Rechtsgebiet, dessen gesetzliche Grundlagen sehr rudimentär sind“,

sagt der Staatsrechtler Ulrich Battis.

Für das Grundgesetz war die Bundeswehr bekanntlich lange eine reine Verteidigungsarmee gewesen. Erst nach der Deutschen Einheit kam das Thema der militärischen Auslandseinsätze für die deutschen Streitkräfte auf. Die Verfassung aber wurde nicht angepasst, sie wurde vielmehr seitdem fortwährend interpretiert. Ulrich Battis:

O-Ton Battis

„Das beruht im Wesentlichen auf Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts, das von einer vorherigen Staatspraxis abgewichen ist, die eben darauf hinaus lief, dass man gar nicht militärisch tätig wurde. Und nun ist das ein bisschen ein Trial-and-Error-Verfahren.“

Deshalb würden auch immer wieder die Karlsruher Richter in der Sache bemüht.

Anlass für den derzeitigen Rechtsstreit ist die „Operation Pegasus“: Mitte Februar 2011 hatten viele Libyer zu den Waffen gegriffen, um Diktator Muammar

al-Gaddafi gewaltsam zu stürzen. Das Land versank im Chaos, die Regierung in Tripolis reagierte auf internationale Anfragen nicht mehr und immer mehr Ausländer ergriffen die Flucht.

In der libyschen Wüste – rund 360 Kilometer südlich der Stadt Bengasi – saßen auf dem Ölfeld von Nafurah Deutsche und Bürger anderer Staaten fest. Die Bundesregierung entschied, am 26. Februar zwei geschützte Transall-Transportflugzeuge und bewaffnete Soldaten der Bundeswehr zur Rettung der Zivilisten zu schicken. Die „Operation Pegasus“ war ein Erfolg: 132 Menschen wurden aus dem Bürgerkrieg ausgeflogen, ohne dass die deutschen Soldaten einen Schuss abgegeben hatten.

Stunden vor dem Einsatz hatte die Bundesregierung die Fraktionsvorsitzenden des Bundestages unterrichtet und zur Geheimhaltung verpflichtet, um die Rettungsmission in der libyschen Wüste nicht zu gefährden. Erst nach Ende des Einsatzes wurden auch die anderen Abgeordneten und die Öffentlichkeit informiert. Alle waren erleichtert, dass die Eingeschlossenen in Sicherheit waren.

Doch dann brach die Regierung einen Streit vom Zaun. Allgemein war erwartet worden, dass nun - nachdem die Gefahr gebannt war - der Bundestag für diesen Auslandseinsatz nachträglich um Zustimmung gebeten werden würde. Aber der damalige Außenminister Guido Westerwelle teilte zwei Wochen nach dem Einsatz schriftlich mit, dass es sich bei der Evakuierungsmission um einen humanitären Einsatz gehandelt habe und ein solcher nicht mandatierungspflichtig sei. Verwundert rieb sich die Opposition die Augen. Im August 2011 zog die Fraktion der Grünen dann vor das Bundesverfassungsgericht.

Für die Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen, Katja Keul, steht fest, warum kein nachträgliches Mandat angestrebt wurde:

O-Ton Keul

„Dass die Bundesregierung das nicht gemacht hat, ist vor allem deswegen problematisch, weil sie damit offensichtlich probiert, die Grenzen der Parlamentsbeteiligung auszutesten. Denn sie hätte, wenn sie vorgelegt hätte, auch

von uns Grünen eine Zustimmung bekommen und von ihren eigenen Reihen ohnehin."

Doch stattdessen berief sich die Bundesregierung auf einen humanitären Einsatz, der laut dem Gesetz zur Regelung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr nicht zustimmungspflichtig ist. Die Frage aber lautet, ist ein militärischer Rettungseinsatz im Ausland ein humanitärer Hilfsdienst im Sinne des Paragraphen 2 des Parlamentsbeteiligungsgesetzes? Oder wäre dies doch eher beispielsweise die Entsendung eines Bundeswehr-Lazaretts nach einer Erdbebenkatastrophe?

Interessant ist auch, dass das Parlamentsbeteiligungsgesetz ausdrücklich die Rettung von Menschen aus besonderen Gefahrenlagen in Paragraph 5 erwähnt und damit eine Linie zwischen humanitären Hilfsdiensten und militärischen Rettungseinsätzen zieht. Letztere müssen dem Gesetz zufolge zwingend dem Bundestag zur Abstimmung vorgelegt werden – gegebenenfalls auch nachträglich.

Vor diesem Hintergrund hat der Staatsrechtler Ulrich Battis Verständnis, dass die Grünen in Karlsruhe geklagt haben. Er sieht aber auch Argumente gegen den Parlamentsvorbehalt:

O-Ton Battis

„Für die Regierung ist es sicherlich ein Nachteil, für die Einsatzfähigkeit der Truppe ist es auch ein Nachteil. Aber es ist natürlich der besonderen deutschen Geschichte geschuldet.“

Katja Keul von den Grünen warnt, dass die bisherige Praxis ausgehöhlt werden soll:

O-Ton Keul

„Diese Befürchtung hat sich verstärkt, weil tatsächlich jetzt auch mit Beginn der Großen Koalition, eine Kommission eingesetzt worden ist im Bundestag, die genau diese Frage untersuchen soll: Ist der Parlamentsvorbehalt bei Militäreinsätzen zu überarbeiten? Gibt es dort Regelungsbedarf? Ist er aufzuweichen, sage ich mal ganz klar.“

Für diese sogenannte Rüge-Kommission, benannt nach dem Vorsitzenden Volker Rüge, könnte also das aktuelle Verfahren in Karlsruhe auch Richtschnur bei der Frage der Parlamentsbeteiligung sein. Zumal die Richter anlässlich der „Operation Pegasus“ eine wesentliche Frage beantworten sollen: Wann ist ein Bundeswehr-Einsatz im Ausland auch ein militärischer Einsatz?

Dabei ist es nicht entscheidend, ob die Soldaten bewaffnet sind. Die Gretchenfrage ist vielmehr: Wie wahrscheinlich ist es, dass die im Ausland mitgeführten Waffen zur Erfüllung des Auftrags eingesetzt werden? Wenn die Anwendung von militärischer Gewalt – unter Abwägung der Einsatzbedingungen – zu erwarten sei, so urteilte das Verfassungsgericht in der Vergangenheit, muss der Bundestag zustimmen.

Erstaunlicherweise legte die Bundesregierung dem Parlament aber auch Bundeswehr-Einsätze zur Zustimmung vor, bei denen die Anwendung von militärischer Gewalt nicht zu erwarten war. So etwa vor der Entsendung einer deutschen Fregatte ins Mittelmeer im vergangenen Jahr. Das deutsche Kriegsschiff sollte dort die Zerstörung syrischer Chemiewaffen auf dem US-Spezialschiff „Cape Ray“ absichern. Angesichts des Engagements unterschiedlichster Staaten, Syriens Kampfstoffe zu vernichten, war aber nicht zu befürchten, dass Streitkräfte mitten im Mittelmeer die „Cape Ray“ angreifen würden. Auch für Terroristen war das Ziel nicht lohnend, da sich größtenteils nur Vorprodukte für Nervengase an Bord des US-Schiffes befanden. Trotzdem erbat die Große Koalition vom Bundestag ein Mandat für diesen Auslandseinsatz.

Doch damit nicht genug. 1997 handelte die damalige Bundesregierung genau so, wie es die Grünen-Fraktion im Streitfall „Operation Pegasus“ gefordert hat: Als es im März 1997 in Albanien zu gewaltsamen Unruhen kam und die staatliche Ordnung des Balkanstaats zeitweise zusammenbrach, schickte Deutschland – ebenso wie viele andere Staaten – Militär, um Ausländer zu retten. Am 14. März 1997 landeten im Laufe der „Operation Libelle“ deutsche Soldaten mit Hubschraubern in der Hauptstadt Tirana. Und sie wurden auch tatsächlich in ein Gefecht verwickelt. Die Bundesregierung legte den Einsatz dem Bundestag

nachträglich zu Mandatierung vor und das Parlament stimmte nur sechs Tage später mit großer Mehrheit zu.

Es bleibt unbeantwortet, warum die Bundesregierung die Rettungsmission im Bürgerkriegsland Libyen als humanitären Hilfsdienst bezeichnet. War die Lage 2011 in Libyen, als sich Rebellen mit Elitesoldaten und Söldnern Gefechte lieferten, etwa sicherer als die Situation in Albanien 1997, wo sich marodierende Banden bekämpften?

Für die deutschen Soldaten, die an der „Operation Pegasus“ in der libyschen Wüste beteiligt waren, war der Rettungseinsatz alles andere als ein Spaziergang. Die militärische Gefahrenlage damals sei von vielen Unsicherheiten geprägt gewesen, und es habe auch kein klares Lagebild gegeben, urteilte nach dem Einsatz Generalleutnant Rainer Glatz, damals Chef des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr. Man habe einfach Glück gehabt.

* * *

Flocken

Soweit Alexander Drechsel.

In Asien wird der rasante Aufstieg Chinas als Wirtschafts- und Militärmacht von vielen Regierungen der Region mit Besorgnis gesehen. Auch in Japan. Die Regierung in Tokio hat in diesem Monat einen Militärhaushalt in Rekordhöhe beschlossen. Man will für die Streitkräfte rund 36 Milliarden Euro ausgeben – auch vor dem Hintergrund des schwelenden Inselstreits mit China. Ein Kurswechsel. Denn bisher hat sich das Land militärisch zurückgehalten - vor allem aufgrund seiner dunklen Vergangenheit. Jürgen Hanefeld über eine sich abzeichnende neue Rolle Japans in der Region:

Manuskript Jürgen Hanefeld

O-Ton Banzai / Akihito

Der Kaiser zu Neujahr. Akihito wünscht seinem Volk Glück und Wohlstand und was man seinem Volk so wünscht zum Jahresbeginn. Dann erinnert er an die Opfer des Zweiten Weltkriegs, der auch hier, im Pazifik, vor 70 Jahren zu Ende ging. Er erklärt, es sei äußerst wichtig, aus der Geschichte dieses Krieges zu lernen, der - so wörtlich - mit dem Mandschurischen Zwischenfall 1931 begonnen habe, wenn wir die Richtung bedenken, die unser Land nehmen soll.

O-Ton-Atmo Kimi Gayo

Ein ungewöhnlicher Hinweis. Der Mandschurische Zwischenfall ist in seiner historischen Bedeutung dem Überfall Deutschlands auf Polen vergleichbar. Doch ihn ausdrücklich zu erwähnen, damit macht der Tenno klar, wer den Krieg damals angezettelt hat. Dass es Japan war und niemand sonst: kein Schicksal, keine Götter und schon gar nicht die Opfer des japanischen Imperialismus: Korea oder China.

Dieser Kaiser weiß genau, was er sagt und warum er es sagt. Ausgerechnet im 70. Jahr des Kriegsendes rüstet Japan auf wie noch nie. Der Haushaltplan für 2015, der umfänglichste, den das Land je gesehen hat, enthält zugleich den höchsten Rüstungsetat in Friedenszeiten. Er wurde zum dritten Mal in Folge angehoben - diesmal um 2,8 Prozent. Er umfasst beinahe 5 Billionen Yen, etwa 36 Milliarden Euro. Vom größten Budget aller Zeiten sollen Kampf- und Überwachungsflugzeuge angeschafft werden, Senkrechtstarter, Drohnen, Amphibienfahrzeuge und Patrouillenboote. Außerdem will das Militär Grundstücke auf einer südlichen Inselkette erwerben, wo Bodentruppen stationiert werden sollen, und eine Überwachungseinheit auf dem Eiland Yonaguni - weit weg von Tokio, aber so nahe wie möglich am umstrittenen Senkaku-Archipel.

Trotz dieses umfassenden Programms beteuert der Regierungschef:

O-Ton Abe (overvoice)

„Im 70. Jahr nach Kriegsende werden wir darüber nachdenken, was wir falsch gemacht haben im letzten Krieg und wie wir uns weiterentwickeln als friedliebende Nation.“

Der Weg ist bereits vorgezeichnet. Abe will den Pazifismus-Artikel in der Verfassung abschaffen, und solange dazu die Mehrheiten fehlen, ihn einfach ignorieren. Eigentlich darf Japan Krieg ausschließlich zur Selbstverteidigung führen. Nun hat man diesen Begriff durch den der „kollektiven Selbstverteidigung“ ersetzt, was in der Praxis nichts anderes bedeutet, als dass die japanische Armee künftig überall mitmachen darf, wenn sie gerufen wird. Nach der vorgezogenen Neuwahl im Dezember, die Abe erwartungsgemäß im Amt bestätigte, tauschte er nur einen einzigen Minister aus - den für Verteidigung. Der neue Mann, Gen Nakatani, gilt als Falke. Kaum ernannt, erklärte er vor Journalisten:

O-Ton Nakatani (overvoice)

„Was das Recht auf kollektive Selbstverteidigung angeht, werde ich dem Volk erklären, dass es nicht darum geht, einen Krieg zu beginnen oder in ein anderes Land einzumarschieren, sondern nur darum, unser eigenes Territorium zu schützen, Leben und Besitz unseres Volkes.“

Im Volk stößt diese Interpretation auf Widerstand. Umfragen selbst konservativer Medien haben gezeigt, dass die Japaner die sogenannte kollektive Selbstverteidigung ablehnen. Dies trotz der vermeintlichen Bedrohung sogar mit zunehmender Tendenz, zuletzt mit 60 Prozent.

Auch Japans Nachbarn sind skeptisch. Zu auffällig ist das Zusammenspiel von Aufrüstung und nationalistischer Rhetorik. China zum Beispiel sind die Besuche von japanischen Regierungsmitgliedern am Yasukuni-Schrein ein Dorn im Auge. Dort werden unter anderem die Seelen der hingerichteten Kriegsverbrecher verehrt. Abe selbst hatte dem Schrein vor zwei Jahren eine Visite abgestattet und damit einen weltweiten Skandal ausgelöst. Zu Jahresbeginn kam der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Hong Lei, darauf zurück:

O-Ton Hong Lei (overvoice)

„Die chinesische Position ist fest und klar, was die Besuche japanischer Führer am berüchtigten Yasukuni-Schrein angeht. Chinesisch-Japanische Beziehungen können sich nur dann stabil und dauerhaft entwickeln, wenn die japanische Seite die Geschichte gründlich reflektiert und sich klar vom Militarismus abwendet.“

Dass die Warnung aus Peking die Bedrohung übergeht, die Japan angesichts des so genannten Inselstreits empfindet, wundert nicht. Immer wieder und im-

mer häufiger nähern sich chinesische Schiffe und Flugzeuge den unbewohnten Senkaku-Inseln, die Japan 2012 zum nationalen Territorium erklärt hat. Hier lässt China die Muskeln spielen. Und Pekings Militärhaushalt ist nicht kleiner als der japanische, sondern zweieinhalb Mal so groß. Auch mit Südkorea gibt es Streit um Inseln. Dieser Tage stellte Tokio ein Propaganda-Video ins Netz, in dem eine von Korea verwaltete Inselgruppe für Japan reklamiert wird.

Korea protestierte postwendend:

O-Ton Noh Kwang-il (overvoice)

„Das Video, das rücksichtslos Ansprüche auf unsere Dokdo-Inseln erhebt, ist eine schwerwiegende Provokation. Zumal in diesem 50. Jahr der diplomatischen Normalisierung zwischen Südkorea und Japan.“

...so der Sprecher des Außenministeriums, Noh Kwang-il, in Seoul. Von Normalisierung zwischen Seoul und Tokio kann allerdings ohnehin nicht die Rede sein, solange Japan sich weigert, die systematische Verschleppung und Vergewaltigung Hunderttausender koreanischer Frauen durch die kaiserliche Armee anzuerkennen. Seoul nutzt das Thema inzwischen erfolgreich zum Japan-Bashing, und zwar bei jeder sich bietenden Gelegenheit. Selbst der Besuch Shinzo Abes am 19. Januar in der israelischen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem blieb nicht unkommentiert.

O-Ton Noh Kwang-il (overvoice)

„Die Anmerkungen und Handlungen von Premierminister Abe werden von der internationalen Gemeinschaft nur dann ernst genommen, wenn er Schritte unternimmt, auch den Schmerz und die Wunden jener Kriegsgeschehen zu heilen, die noch am Leben sind. Das schließt die Zwangsprostituierten der japanischen Armee im Zweiten Weltkrieg ein.“

Doch anstatt einzulenken - oder wenigstens zur Vernunft zu kommen - setzt Japan den Propaganda-Krieg mit Südkorea fort. In einem wohl einmaligen Vorgang hat die japanische Regierung einen Schulbuch-Verlag in den USA aufgefordert, die Darstellung des Themas „Comfort Women“ in den Lehrbüchern für amerikanische Schüler zu ändern, weil sie - so wörtlich - sich im Widerspruch zu unserer Haltung in dieser Sache befindet. Das heißt: Abe will seine revisionistische Geschichtsauffassung, nach der es das Problem der Zwangsprostituierten gar nicht gegeben habe, auch außerhalb Japans durchsetzen.

Bei seinen Festtagsreden, zumal wenn sie im Fernsehen übertragen werden, gibt sich der Regierungschef gern konzilient. Mit Blick auf Seoul und Peking sagte er am Jahresende zum Beispiel:

O-Ton Abe (overvoice)

„Es gibt viele Dinge, über die wir reden sollten, denn wir sind schließlich Nachbarn. Weil wir viele wichtige Probleme zu lösen haben, sollten wir Gipfeltreffen abhalten, auf denen wir unsere Gedanken austauschen können.“

Mehr aber bestimmt nicht. Japan, so der Eindruck, will sich mit seinen Nachbarn gar nicht vertragen. Das forcierte Rüstungsprogramm ist nur der martialische Unterbau für eine Politik, die einen neuen, rückwärtsgewandten Nationalismus predigt.

* * *

Flocken

Ein Bericht von Jürgen Hanefeld.

Der Ukraine-Konflikt hat dazu geführt, dass Russland für den Westen kein Partner mehr ist. Die Fronten sind verhärtet. Das bleibt nicht ohne Folgen für die Rüstungskontrolle. Die Gefahr wächst, dass die Konfrontationspolitik mit einer Aufrüstungspolitik einher geht, auch im atomaren Bereich.

Über die Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die Abrüstungsbemühungen habe ich mit Ulrich Kühn gesprochen. Er ist Koordinator des Projekts „Deep Nuclear Cuts“. Die Initiative von russischen, deutschen und US-amerikanischen Wissenschaftlern und Experten strebt eine drastische Reduzierung des Atomwaffen-Arsenals in Ost und West an. Ich habe Ulrich Kühn zunächst gefragt, ob Rüstungskontrolle zwischen Russland und den USA gegenwärtig überhaupt noch eine Chance hat:

Interview Andreas Flocken / Ulrich Kühn

Kühn: Momentan ist eine schlechte Zeit für die internationale Rüstungskontrolle, nicht nur zwischen den USA und Russland, aber besonders zwischen die-

sen beiden Staaten. Man könnte sich durchaus vorstellen, dass es in den nächsten Jahren wieder Rüstungskontroll-Initiativen gibt, aber Abrüstung ist in den nächsten Jahren leider nicht vorstellbar.

Flocken: Der letzte größere Rüstungskontrollvertrag zwischen Russland und den USA war der sogenannte „Neue START-Vertrag“ von 2010. Damals wurde vereinbart, die strategischen Waffen auf beiden Seiten zu reduzieren und zwar auf jeweils rund 1.500 atomare Sprengköpfe. Die Vereinbarung sieht auch wechselseitige Inspektionen vor, einen Informationsaustausch und andere Überprüfungsmaßnahmen. Funktioniert dieser Vertrag vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise überhaupt noch?

Kühn: Dieser Vertrag funktioniert noch vollständig. Das Wichtigste dieses Vertrages, das muss man inzwischen wirklich sagen, sind die sogenannten Transparenzmaßnahmen, d.h. Überprüfungsmechanismen: Wie viele Sprengköpfe hat man? Wo sind sie gelagert? Kann man sie vor Ort überprüfen? Das funktioniert bisher alles einwandfrei. Es gibt aber jetzt, und das ist die neueste Entwicklung, erste Versuche von russischer Seite, diesen Vertrag in Frage zu stellen und anzudrohen, ihn eventuell sogar aufzukündigen.

Flocken: Das ist ja eine bedrohliche Entwicklung.

Kühn: Das kann man durchaus so sehen. Denn gerade vor dem Hintergrund der Krise ist das Wichtigste, dass man Stabilität herstellt. Und Stabilität heißt in dem Falle Überprüfbarkeit. Ich kann Ihnen da ein Beispiel nennen: Wenn die Russen eine Testrakete starten, dann wird das vorher an die Amerikaner notifiziert, so dass die USA über ihr Frühwarnsystem wissen: da wird jetzt an der und der Stelle, an dem und dem Tag, um die Uhrzeit eine Rakete gestartet. Ohne ein solches Informationssystem wäre man völlig im dunkeln und wüsste nicht, was die Russen da eigentlich starten. Ist es nur ein Test oder ist es vielleicht sogar der erste Schritt für einen nuklearen Schlag?

Flocken: Es gibt trotz alledem die Forderung, auch von der „Deep Cuts“-Kommission, die strategischen Atomwaffen noch weiter zu reduzieren - auf

1.000 Sprengköpfe auf jeder Seite, so eine Forderung. Wie realistisch sind denn solche Forderungen oder Anliegen? Passt das überhaupt noch in die politische Landschaft?

Kühn: Also man muss leider sagen, in die jetzige politische Landschaft passt eine solche Forderung nicht. Auf amerikanischer Seite ist die Politik klar. Man will jetzt gegenüber Russland eine Politik der Stärke fahren, d.h. erstmal auf Sanktionen setzen. Man will, dass die Russen die Unterstützung in der Ost-Ukraine zurückfahren. Man will die Annexion der Krim rückgängig machen, da ist momentan kein Platz für Abrüstung. Nichtsdestotrotz – es gab dieses Angebot von Obama 2013 in Berlin, also die Reduzierung der strategischen Nuklearsprengköpfe auf 1.000 Stück auf beiden Seiten. Beide Seiten haben noch wahnsinnig viel Nuklearwaffen und Sprengköpfe und es wäre absolut machbar. Nur, es fehlt der politische Wille.

Flocken: Die Beziehung zwischen den USA und Russland, zwischen dem Westen und Russland sind im Augenblick sehr schlecht. Müsste man nicht erst einmal Vertrauen herstellen, bevor man dann an Reduzierungen bei den atomaren Waffen oder auf anderen Gebieten der Rüstungskontrolle denkt?

Kühn: Das ist absolut richtig. Das ist eine alte Lehre aus der Rüstungskontrolle aus den Zeiten des Kalten Krieges. Bevor man an die harten Mechanismen geht, d.h. Reduzierungen oder Limitierungen, muss man erst einmal Vertrauen herstellen. Dafür gibt es sogenannte vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen. Und auf diesem Gebiet muss man jetzt aktiv werden. Und wahrscheinlich müsste man gar nicht so sehr auf dem nuklearen Feld aktiv werden, sondern auf dem Feld der konventionellen Rüstungskontrolle. Vor allem auch erst einmal mit Blick auf die Ukraine.

Flocken: Gibt es denn im Moment Initiativen, um wieder mehr Vertrauen zwischen Ost und West zu schaffen?

Kühn: Es gibt momentan keine konkreten Initiativen. Worauf man sich momentan konzentriert ist, dass die bestehenden Verträge sich in den nächsten Mona-

ten nicht auflösen. Denn da gibt es momentan sehr sehr kritische Tendenzen in diese Richtung.

Flocken: Zum Beispiel bei dem „Neuen START-Vertrag“?

Kühn: Zum Beispiel bei dem „Neuen START-Vertrag“. Das ist eine ganz neue Entwicklung. Es war der russische Rüstungskontrollbeauftragte Uljanow, der sagte, wenn die USA sich weiterhin so feindlich gegenüber Russland verhalten würden, dann müsse man doch über den „New START-Vertrag“ nachdenken.

Flocken: Die Kreml-Führung wirft der NATO ja eine Expansion vor. Stichwort ist die NATO-Osterweiterung. Gleichzeitig steckt Moskau aber auch immer mehr Geld in die Modernisierung der atomaren Streitkräfte. Die USA übrigens auch. Hat Russland vor diesem Hintergrund überhaupt noch ein Interesse an atomarer Abrüstung? Ist sie im nationalen russischen Interesse?

Kühn: Die Signale aus Moskau auf diesem Gebiet sind äußerst diffus. Einerseits ist es richtig, was Sie sagen. Es gibt eine massive vor allem qualitative Aufrüstung der russischen Nuklearstreitkräfte über die nächsten 10 Jahre. Da wird wahnsinnig viel Geld investiert. Vor dem Hintergrund der Auswirkung der Sanktionen muss man sich fragen, ob dieses Geld letztlich wirklich da ist. Auf der anderen Seite hat Putin erst vor kurzem bei einem Treffen im Oktober noch einmal deutlich gemacht, dass Russland an weiteren nuklearen Reduzierungen interessiert ist, und dass dies auch im nationalen Interesse sei. Nun muss man erstmal gucken, wie sich die Lage entwickelt. Aber ich denke, prinzipiell hat Russland schon noch ein Interesse an der Rüstungskontrolle.

Flocken: Aus russischer Sicht kommen weitere Abrüstungsschritte bei den strategischen Atomarsenalen nicht in Frage, solange die USA am Aufbau des Raketenabwehrsystems festhalten - auch hier in Europa. Moskau befürchtet, dass das Abwehrsystem das russische Vergeltungspotenzial ausschalten könnte, also die Fähigkeit zum nuklearen Gegenschlag. Sind solche russischen Befürchtungen nicht nachvollziehbar?

Kühn: Diese Forderungen sind einerseits nachvollziehbar und andererseits gar nicht nachvollziehbar. Ich fange mal mit dem Nein an. Nein, momentan ist dieses Raketenabwehrsystem keine Bedrohung für die Russen...

Flocken: Aber es könnte eine Bedrohung werden.

Kühn: Das ist der Punkt, auf den ich hinaus will. Es könnte es werden unter bestimmten Bedingungen. Die eine Bedingung wäre natürlich, dass die Technik weiter fortschreitet. Und das tut sie, d.h., dass die entsprechenden Abfangraketen deutlich schneller werden und auch zielgerichteter. Das Zweite wäre natürlich auch ein massiver Ausbau dieser Kapazitäten. Die Amerikaner haben eine limitierte Raketenabwehr an der Ostküste gegen strategische Nuklearwaffen. Die würde niemals ausreichen, um die russischen Raketen abzufangen. Der europäische Raketenschirm, der von den Amerikanern aufgebaut wird, ist keine Bedrohung für die Russen. Das wissen die Russen, auch wenn sie es offiziell nicht zugeben.

Flocken: Noch keine Bedrohung jetzt. Vielleicht aber künftig?

Kühn: Er ist noch keine Bedrohung. Was man bedenken muss ist, dass ein wichtiger Teil dieses sogenannten europäischen phasierten adaptierten Ansatzes auf Kriegsschiffen mit dem Aegis-System stationiert ist. Und diese Schiffe kann man natürlich potenziell erst einmal überall stationieren. Die müssen nicht nur im Mittelmeer stationiert sein, die können auch in der Arktischen See stationiert werden. Und wenn man dann irgendwann die Schiffe mit entsprechenden Abfangkörpern ausstattet, die schneller sind, dann könnte das durchaus auch Auswirkungen auf das russische Nuklearwaffenpotenzial haben.

Flocken: Die USA arbeiten ja auch an weitreichenden Raketen mit konventionellen Sprengköpfen, die jeden Punkt der Erde praktisch in einer Stunde treffen könnten. Sind die gegenseitigen Modernisierungsanstrengungen, die wir zurzeit beobachten, nicht ein weiteres Hindernis für Rüstungskontrolle?

Kühn: Absolut. Diese modernen Waffensysteme, also sogenannte konventionelle Hochpräzisionswaffensysteme sind vor allem ein Problem im Zusammenspiel mit der Raketenabwehr. Je stärker man die Raketenabwehr ausbaut und je stärker man gleichzeitig auf dieses neue Waffensystem setzt, desto höher die Gefahr, dass man irgendwann das Potenzial hat, um das nukleare Potenzial eines gegnerischen Staates auszuschalten. Wir sprechen natürlich beispielsweise bei dem sogenannten Prompt Global Strike - also dem sofortigen globalen Schlag binnen einer Stunde, so wie von Ihnen beschrieben - wir sprechen hier momentan von einer Nischenkapazität.

Flocken: Ein globaler Schlag mit konventionellen Waffen?

Kühn: Mit konventionellen Waffen. Man muss sich das so vorstellen: man nimmt eine ganz normale ballistische konventionelle Rakete, setzt vorne einen Sprengkopf drauf, der kann theoretisch auch einfach nur aus Beton sein, oder man baut TNT mit ein. Der Sprengkopf fliegt auf einer genau gleichen ballistischen Bahn wie eine Nuklearwaffe und trifft dann punktgenau das Ziel, das er treffen soll. Das Problem ist, kein Mensch kann per Radar bestimmen, ist das jetzt gerade eine nukleare Rakete, die auf mich zurast, oder ist es eine konventionelle? Und das ist ein Problem für die Rüstungskontrolle.

Flocken: Nicht nur in Moskau gibt es Widerstand gegen weitere Abrüstungsvereinbarungen. Auch in den USA steht die Abrüstung nicht auf der Tagesordnung. Dabei hatte Präsident Obama ja nach seinem Amtsantritt sich für eine atomwaffenfreie Welt eingesetzt. War das damals nur Rhetorik?

Kühn: Nein, ich glaube ehrlich gesagt nicht, dass das nur Rhetorik war. Ich bin wirklich davon überzeugt, dass Obama auch gerade als Person ein wirklich persönliches Interesse an diesem Ziel hat. Aber Obama hat in seiner berühmten Prager Rede auch sofort klar gemacht: Abrüstung ja, aber wahrscheinlich nicht mehr zu meiner Lebenszeit. D.h., wir haben es hier mit einem Langzeitziel zu tun, an dem die US-Regierung weiter arbeiten wird. Nur jetzt ist einfach nicht die Zeit für Abrüstung oder Rüstungskontrollmaßnahmen. Man könnte das der amerikanischen Öffentlichkeit einfach nicht verkaufen. D.h., Obamas

Abrüstungspolitik ist rhetorisch grandios gestartet, die Ergebnisse sind aber, das muss man letztlich sagen, äußerst mager. Wir haben den „New START-Vertrag“ und darüber hinaus nicht viel.

Flocken: Die USA sind ja bei den Waffentechnologien Russland weit überlegen. Wären vor diesem Hintergrund nicht auch einseitige US-Abrüstungsschritte eine Möglichkeit, um die Rüstungskontrolle wieder voranzubringen? Denn die Überlegenheit der USA bleibt ja.

Kühn: Die Überlegenheit der USA bleibt. Die USA werden ihre Überlegenheit in den nächsten Jahren weiter ausbauen. Es werden Milliarden investiert in die Modernisierung der Nuklearstreitkräfte. Es gäbe natürlich die Möglichkeit einseitiger Abrüstungsschritte und es wäre auch nicht das erste Mal, dass es das in den USA gegeben hat. So etwas gab es schon einmal unter George Bush senior beispielsweise. Es ist nur leider so, dass gegenwärtig auf dem Gebiet herzlich wenig zu erwarten ist.

Flocken: In Europa sind ja weiterhin taktische Atomwaffen der USA stationiert, auch in Deutschland. Die Rede ist hier von etwa 20 taktischen Atomwaffen. Russland hat ebenfalls auf seinem Territorium zahlreiche taktische Atomwaffen stationiert. Vor der Ukraine-Krise hat es Initiativen der Bundesregierung gegeben, die taktischen US-Atomwaffen aus Deutschland abzuziehen. Diese Bemühungen waren nicht erfolgreich. Wird man angesichts der Ukraine-Krise sich jetzt mit den taktischen Atomwaffen in Europa für eine sehr sehr lange Zeit abfinden müssen?

Kühn: Es steht zu befürchten. Und zwar nicht aus militärischen Gründen, sondern aus rein politischen Gründen. Selbst hochrangige US-Militärs haben in öffentlichen Anhörungen auch vor dem Kongress zugegeben, rein militärisch betrachtet machen diese 180 Waffen, die in ganz Europa über fünf Staaten verteilt sind, absolut keinen Sinn. Aber diese Waffen erfüllen einen politischen Zweck. Sie sind so eine Art Klebemittel für das Bündnis. Man holt damit die östlichen Bündnispartner mit ins Boot, die nah an der russischen Grenze sind, wie Polen oder die baltischen Staaten. Das sind die Staaten, die sich von

Russland bedroht fühlen. Sie sagen, diese in Europa stationierten taktischen Nuklearwaffen sind für uns eine Rückversicherung, dass die Amerikaner an unserer Seite sind. Vor dem Hintergrund der jetzigen Krise ist ein Abzug dieser Waffen nicht vorstellbar. Aber man sollte weiter darüber diskutieren. Vor wenigen Tagen gab es in den USA eine Anhörung, wo der berühmte US-Sicherheitsexperte Walter Slocum gesagt hat, diese Waffen machen keinen Sinn. Sie müssen abgezogen werden, aber bestimmt nicht jetzt.

Flocken: Aber könnten vor dem Hintergrund der Krise mit Russland, taktische Atomwaffen nicht sogar eine Renaissance in Europa erleben? Gerade mit Blick auf die Osteuropäer, die sich ja durchaus vorstellen könnten, dass US-Atomwaffen ggf. auf ihrem Territorium stationiert werden.

Kühn: Eine Renaissance dieser Waffenkategorie sehe ich nicht. Es ist vielmehr so, dass diese Waffenkategorie in den nächsten Jahren sowieso modernisiert wird. Die Amerikaner sprechen nur von einem sogenannten „Technical overhaul“, was so viel heißt, wir nehmen ein paar kleine technische Veränderungen vor...

Flocken: Aber es ist mehr...

Kühn: Es ist mehr, es ist deutlich mehr. Diese Waffen sind viel zielgerichteter. Sie haben einen neuen Fluglenkkörper, der sie deutlich besser ins Ziel bringt. D.h., wir sprechen hier wirklich von einer qualitativen Aufrüstung auf diesem Gebiet. D.h., so gesehen haben wir schon eine kleine Renaissance dieser Waffen. Quantitativ sehe ich in den nächsten Jahren aber auf dem Gebiet keine Aufrüstung. Man sollte vielleicht von Seiten der NATO überlegen, ob es sinnvoll wäre, in den nächsten Jahren eher in defensive Systeme zu investieren und dafür dann diese Nuklearwaffen abzuziehen. D.h., mehr Raketenabwehrinstallation in den östlichen Bündnispartnerländern, die sich nicht sicher fühlen, und im Gegenzug Abzug dieser wirklich militärisch obsoleten Waffensysteme.

Flocken: Der sogenannte INF-Vertrag von 1987 verbietet Russland und den USA landgestützte Mittelstreckenraketen. Vor einiger Zeit hat es Berichte ge-

geben, Moskau würde diesen Vertrag über atomare Mittelstreckenraketen verletzen. Droht diesem ehemaligem Mustervertrag, der lange Zeit als Vorbild für atomare Abrüstung gegolten hat, möglicherweise das Aus, weil Russland kein Interesse mehr an diesem Vertrag hat?

Kühn: Wir bewegen uns hier in einer sehr schwierigen Diskussion, in der es momentan sehr viel Nebel gibt und bei der noch zusätzlich Nebelbomben geworfen werden. 2008 kam aus den USA erstmals das Gerücht, die Russen würden irgendetwas testen. Man war sich aber nicht sicher, was es ist. Die Amerikaner haben sich sehr viel Zeit gelassen, um dann mit der ganzen Sache an die Öffentlichkeit zu gehen. Das haben sie das erste Mal 2013 gemacht. Und die ersten hochhoffiziellen Gespräche gab es im vergangenen Jahr, also 2014. Die Amerikaner werfen den Russen vor, dass sie ein solches Waffensystem getestet hätten, und zwar wohl mehrfach über mehrere Jahre. Viel wichtiger ist aber, dass weder die USA noch Russland bisher angestoßen haben, dass sich die sogenannte „Special Verification Commission“ darum kümmert. Das ist ein Gremium, welches in dem Vertrag festgeschrieben ist. Es besteht aus technischen Experten. Dort muss man sich also nicht politisch in die Haare kriegen. In dem Gremium wird auf rein technischer Ebene ganz ruhig und nüchtern miteinander gesprochen, worum es eigentlich geht. Inzwischen haben nämlich auch die Russen ihre Gegenforderung bzw. Anschuldigung aufgemacht und bezichtigen die USA, dass auch die USA diesen Vertrag an mehreren Stellen brechen würden. Wir befinden uns jetzt in der Situation, in der erstmals in den USA darüber nachgedacht wird, wie man denn eigentlich damit umgeht, falls die Russen den Vertrag weiterhin brechen und falls dieser Vertrag letztlich obsolet ist. Und erste Überlegungen gehen auch dahin, die sagen, falls die Russen ein solches neues System stationieren, dann müsste auch von unserer Seite aus stationiert werden. Und dann können Sie sich vorstellen, wo diese Systeme stationiert würden. Das wäre dann in Europa. Und auch da hatten wir schon einmal eine solche Diskussion, 1982 beim NATO-Doppelbeschluss.

* * *

Flocken

Soweit Ulrich Kühn, Konfliktforscher am Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik und zugleich Koordinator des Projects „Deep Nuclear Cuts“.

Eine Langfassung des Interviews finden Sie auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/info – außerdem zusätzliche Informationen zu den Hindernissen für weitere Abrüstungsschritte.

Das war's für heute.

Die Sendung können Sie als Podcast herunterladen, ebenfalls unter ndr.de/info. Dort können Sie auch den Newsletter der Sendereihe Streitkräfte und Strategien abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das aktuelle Manuskript der Sendung kostenlos per E-Mail zu. Am Mikrofon verabschiedet sich Andreas Flocken.